

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinformatio erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Grenzschießungen im Schengen-Raum

Das Schengen-Abkommen wird teilweise ausgesetzt: [Elf europäische Länder](#), darunter Italien, haben an ihren Binnengrenzen wieder Kontrollen eingeführt (wir berichteten bereits im [Scirocco 19/2023](#)). Dies schränkt die Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums ein, die durch den [Vertrag über die Arbeitsweise der EU \(AEUV\)](#) und den [Schengener Kodex](#) geregelt wird und von der [Europäischen Union](#) selbst als „eine der wichtigsten Errungenschaften der Union“ bezeichnet wurde. Dort heißt es auch, dass Kontrollen an den Binnengrenzen "nur als letztes Mittel [...] im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit eines Mitgliedstaates" (Kodex, Art. 25) für einen möglichst kurzen Zeitraum wieder eingeführt werden dürfen; diese Gefahr muss konkret und spezifisch sein. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen darf darüber hinaus **nicht zu einer Einschränkung des Asylrechts führen (Kodex, Art. 3)**. Es ist bemerkenswert, dass die italienische Regierung neben den Bewegungen der Migration auch den Konflikt in Israel-Palästina als „Risiko für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“, welches mit Grenzschießungen eingedämmt werden könne, heranzieht. Ein weiterer Schritt, der diesem Krieg nicht gerecht wird und einmal mehr den antimuslimischen Rassismus in europäischen Gesellschaften schürt, welcher zur Kriminalisierung von arabisch-gelesenen Migrant*innen und Geflüchteten instrumentalisiert wird und zugleich von der Zunahme an rechtsextremen Positionen innerhalb der weißen Dominanzgesellschaft ablenkt.

Missbräuche des Schengener-Kodex wurden bereits in der Vergangenheit vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) gerügt. Die von der italienischen Regierung angeführten Gründe zur Rechtfertigung des Beschlusses zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der Grenze zu Slowenien

erscheinen völlig vage und unzureichend; insbesondere der Verweis auf das Vorhandensein des angeblichen Problems der Ankunft einer sehr geringen Zahl von Geflüchteten – rund 1.500 Personen pro Monat im Laufe des Jahres 2023, die hauptsächlich aus Afghanistan kommen – in der gesamten FVG-Region (Friaul-Julisch-Venetien) ist völlig lächerlich und entbehrt jeglicher logisch-rechtlicher Verbindung, wie [Gianfranco Schiavone](#) vom Verein ICS Triest in einer kritischen Analyse der Grenzschießungen darlegt.



Foto: Imre Tömösvári auf [Unsplash](#)

„Schengen wurde ausgesetzt, und dieser Samstagnachmittag markiert eine Rückkehr in die Vergangenheit, wenn auch nur für zehn Tage“, schreibt auch [Ludovico Poletto](#). Aber auch trotz der Grenzschießungen **lassen sich nicht alle Grenzen gut kontrollieren**: Migrant*innen, die sich in den Wäldern zwischen Italien und Slowenien aufhalten, schaffen es noch immer die Grenze zu passieren. [Mian Lalou](#) aus Bangladesh erzählt, dass dort noch viele Menschen unterwegs seien und die Polizei Migrant*innen und Geflüchtete bisher nicht aufgehalten habe. **„Man bräuchte Tausende von Beamt*innen. Wie in den alten Zeiten. Als man keinen Schritt tun konnte, ohne seine Papiere in der Tasche zu haben“.** Dem entgegen steht eine Erklärung des italienischen Innenministers [Matteo Piantedosi](#), der in einer TV-Sendung davon sprach, dass Italien an der Grenze zu Slowenien allein in diesem Jahr 7.000 Migrant*innen und Flüchtende gestoppt habe (und diese Zahlen zugleich mit rassistischen Erzählungen rechtfertigte).

Tunesien – Italien

Während eines Besuchs des italienischen Außenministers Antonio Tajani bei seinem tunesischen Amtskollegen Nabil Ammar und dem Präsidenten Kais Saied, haben Tunesien und Italien ein [Memorandum zur Zusammenarbeit in der Migrationskontrolle](#) unterzeichnet. Dieses sieht vor, dass **4.000 (qualifizierte) tunesische Arbeitskräfte im nächsten Jahr eine Arbeitserlaubnis in Italien** erhalten sollen, um insbesondere in der Landwirtschaft und Industrie zu arbeiten. Der tunesische Präsident Kais Saied betont die Bedeutung dieses neuen Ansatzes zur „Bekämpfung der irregulären Migration“ und plant ähnliche Vereinbarungen auch mit anderen EU-Staaten abzuschließen.



Foto von Aboodi Vesakaran auf [Unsplash](#)

Nachdem bisherige Verhandlungen zum Migrationsabkommen zwischen der EU und Tunesien gescheitert sind, betonte die italienische [Premierministerin Giorgia Meloni](#) nun die **Notwendigkeit des respektvollen Umgangs mit Tunesien**. Sie kritisierte einen paternalistischen Ansatz und die Idee der Überlegenheit europäischer Staaten gegenüber anderen Nationen. Meloni erwähnte, dass es in der Vergangenheit einen Mangel an Respekt gegenüber Tunesien gegeben habe, insbesondere in Bezug auf die Diskussion über sichere Herkunftsländer für Migrant*innen. Hinter diesen Aussagen steckt vermutlich auch das politische Kalkül, die **Verhandlungen mit Tunesien wieder aufzunehmen**, die das Ziel der Abschottung und Externalisierung der Migrationskontrolle auf den afrikanischen Kontinent verfolgen. Diese hat die EU in diesem Jahr als einen wichtigen Schritt in der

Migrationspolitik angepriesen – und hat nach wie vor keine humanen Alternativen dazu entwickelt (wir berichteten in den [vorherigen Ausgaben](#) dieses Newsletters). Dies lässt sich auch anhand der Aussagen der Präsidentin der europäischen Kommission, [Ursula von der Leyen](#), zeigen. Im EU-Rat hat von der Leyen wieder einmal die **Bedeutung der Abschottung der EU und die Verhinderung der Abreise von Migrant*innen** betont. Ebenso erwähnte sie die Notwendigkeit der Verstärkung der Grenzüberwachung und legaler Migrationsmöglichkeiten für den Arbeitsmarkt, für welche auch das neue Übereinkommen zwischen Italien und Tunesien ein Beispiel ist (s.o.).

In einer Antwort an den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments (LIBE) gibt die [EU-Kommission](#) Auskunft über das derzeit auf Eis gelegte **Memorandum zwischen Tunesien und Italien**. Obwohl in der Antwort betont wird, dass die Einhaltung der Menschenrechte und demokratische Prinzipien Grundpfeiler der Zusammenarbeit mit der EU seien, legt die Kommission offen, dass **105 Millionen Euro** an Tunesien gezahlt werden sollen. Die Mittel sollen für den „Kampf gegen Schmuggel und Menschenhandel, die Erleichterung der unterstützten freiwilligen Rückkehr und Reintegration in Herkunftsländern und die Stärkung der Kapazitäten des Grenzmanagements, inkl. des Überwachungssystems der Küste“ eingesetzt werden. Darüber hinaus werde die Zusammenarbeit mit EU-Agenturen wie Europol und Frontex gestärkt. Weiterhin liefere die EU über Italien zahlreiches Equipment wie Radarsysteme, Wärmebildkameras, Navigationsradare und Sonare an die tunesische Küstenwache. Dies ist angesichts der **gut dokumentierten und weitreichenden Menschenrechtsverletzungen** durch die tunesische Küstenwache zu verurteilen.

Neues Abkommen mit Albanien

Eine weitere wiederholt diskutierte Maßnahme im Rahmen der Externalisierung der EU-Außengrenzen ist die Verlagerung von Asylverfahren in Drittstaaten. Bereits das im April 2022 abgeschlossene Abkommen zwischen Großbritannien und Ruanda hatte [Kontroversen ausgelöst](#). Nach diesem sollten Schutzsuchende, die einen Asylantrag in Großbritannien stellen wollen, dazu nicht mehr

einreisen, sondern den Antrag in Ruanda stellen und dort auf die Entscheidung warten. Das Vorhaben wurde zuletzt von einem Berufungsgericht als [rechtswidrig erklärt](#). Auch Dänemark hatte im April dieses Jahres [angekündigt](#), in Verhandlungen mit Ruanda einzutreten.

Nun scheint die italienische Regierung ähnliche Pläne zu haben. Am 6. November [verkündeten](#) Italien und Albanien, dass sie ein Abkommen geschlossen hätten, in dem sich Albanien bereit erklärt, ab Frühjahr 2024 zwei Zentren für Migrant*innen im Nordwesten des Landes zu eröffnen. Dorthin sollen bis zu 36.000 Menschen jährlich gebracht werden, die eigentlich in Italien Schutz suchen wollten. Die Zentren sollen unter italienischer Gerichtsbarkeit stehen und von Italien finanziert werden. Asylanträge sollen dann in Albanien bearbeitet werden.

Die Pläne wurden bereits als Verstoß gegen internationales Recht kritisiert. Es besteht insbesondere die Sorge, dass die grundlegenden Menschenrechte der Asylbewerber*innen in den Zentren nicht ausreichend geschützt sein. Aufgrund der Lage außerhalb der EU bestehen außerdem Zweifel, dass die Unterbringungsbedingungen genügend überwacht werden können.

Das Abkommen lässt noch [viele Fragen offen](#) (siehe auch die ausführliche Kritik [hier](#)): Ist es nach internationalem und europäischen Recht überhaupt möglich Menschen, die auf dem zentralen Mittelmeer von italienischen Schiffen gerettet werden (und damit nach internationalem Recht bereits italienischen Boden betreten haben) für ihre Asylantragsstellung in einen Drittstaat zu bringen? Wird italienisches oder albanisches Recht in den Zentren angewandt? Kann Italien für den Schutz der Rechte der Migrant*innen garantieren? Wie werden Asylanörungen auf albanischem Boden realisiert?

Protest vor dem neuen geschlossenen Zentrum in Pozzallo

Erneut kam es zu Demonstration vor dem neuen Zentrum in [Pozzallo](#), welches als geschlossene Einrichtung für Asylsuchende aus so genannten sicheren Herkunftsländern dienen soll. Diese Zentren,

werden in den Medien oft auch gleichgesetzt mit den CPR (Abschiebehafzentren), was jedoch nicht der Funktion entspricht. Aus diesen besonderen Zentren können Geflüchtete sich mit knapp 5.000 Euro freikaufen (wir berichteten [hier](#)). Außerdem dient das neue Zentrum in Pozzallo der beschleunigten Durchführung von Asylverfahren, während sich in CPR Menschen befinden, deren Abschiebung vorbereitet wird.

Gefordert wurde die Schließung dieser Zentren und eine **andere Einwanderungspolitik**, die das Recht auf Asyl und die Achtung der Menschenrechte garantiert.



Foto: Markus Spiske auf [Unsplash](#)

In den letzten Wochen wurde auch der Bau neuer CPR immer wieder zum Thema öffentlicher Diskussionen. Nun wurden Informationen veröffentlicht, die darauf hinweisen, dass die neuen CPR nach dem [Modell eines Panopticons](#) gebaut werden sollen. Dieses wurde von Jeremy Bentham als „ideales Gefängnis“ konstruiert und v.a. durch den Essay „Überwachen und Strafen“ (1975) von Michel Foucault als **umfassendes Überwachungsinstrument** bekannt. Gegen den Bau dieser „allsehenden“ Gefängnisse regt sich Widerstand. Mehrere Bürgermeister*innen, darunter auch einige, die den Regierungsparteien angehören, lehnen den Bau solcher Einrichtungen ab und fordern eine Erklärung zur Rechtfertigung dieser Maßnahme.

UN-Sicherheitsrat zu Libyen

Der UN-Sicherheitsrat akzeptierte einstimmig die [Forderungen der UN-Ermittler*innen](#), die **Sanktionen gegen das libysche System des Menschenhandels zu verschärfen**, welches „Politik, Milizen und Clans“ als treibende Kraft der Ausbeutungs- und Bereicherungskette zusammenhält. In diesem Beitrag wird detailliert dargelegt, wie die Folterlager in Libyen strukturiert sind und welche Akteure davon profitieren. Die nun von der UN beschlossene Verschärfung der Sanktionen richtet sich gegen Menschenhändler*innen, sowie Öl- und Waffenbosse. Vom Milizen- Küstenwachchef "Bija" über die Leitung der sog. „Ölpolizei" bis hin zum Direktor der Folterlager – **Libyen ist nach wie vor kein sicherer Ort für Migrant*innen und Geflüchtete.**

Situation der Geflüchteten

Der Tunesier [Mohamed Beljah](#) wurde vergangenen August für drei Wochen im Hotspot Contrada Imbriacola auf Lampedusa festgehalten. Diese und andere **unwürdige Behandlungen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verurteilt**. Dennoch hat sich die Situation im Hotspot kaum verändert: Menschen sind immer noch von Zäunen umgeben und ihnen wird die Möglichkeit verwehrt, die Erstaufnahmeeinrichtung zu verlassen (obwohl sie auf der Insel Lampedusa schwerlich untertauchen oder diese gar alleine verlassen könnten). Die Lebensbedingungen sind chaotisch bis unwürdig, es gibt lange Schlangen für Grundlegendes wie Essen, Trinken, Duschen und Toilettenbesuche. Mohamed Belhaj beschreibt die Zustände in [diesem Bericht](#) als **entwürdigend** und berichtet von Menschen, die sogar gezwungen waren, ihre Notdurft auf dem Boden zu verrichten.

Prekäre Bedingungen für migrantische Kinder

Laut der Daten, die auf dem [Kongress der Italienischen Gesellschaft für Pädiatrie](#) vorgestellt wurden, sind migrantische Kinder in Italien mit einer **„Reihe komplexer Herausforderungen“** konfrontiert, um eine angemessene medizinische Versorgung zu erhalten: Sprachbarrieren, bürokratische Hürden und mangelnde Informationen über das nationale Gesundheitssystem würden ihre Gesundheit, ihr Leben, gefährden. So führen Sprachbarrieren

beispielsweise immer wieder zu Fehldiagnosen und zur Verabreichung falscher Medikamente, die lebensgefährlich sein können. Auch die [ISTAT-Daten für 2022](#) zeigen, dass **migrantische Kinder eine höhere Kindersterblichkeitsrate** aufweisen als ihre italienischen Altersgenoss*innen. Eine Ursache dafür ist die fehlende Ratifizierung eines Abkommens zwischen den Staaten und den Regionen aus dem Jahr 2012, das die Einschreibung in den nationalen Gesundheitsdienst und die Zuweisung eines kostenlosen Familienkinderarztes für alle Kinder in Italien, unabhängig vom Rechtsstatus der Familie, garantieren würde. Da die große Mehrheit der Regionen diese Vereinbarung nicht ratifiziert hat, ist sie praktisch nicht anwendbar.



Foto: Julie Ricard auf [Unsplash](#)

Wie eine Recherche von [Action Aid und Openpolis](#) zeigt, ist die von Institutionen immer wieder genutzte Darstellung, dass das Aufnahmesystem für unbegleitete Minderjährige überlastet ist, irreführend. Im Gegenteil: Laut der vorliegenden Daten bleibe fast **ein Viertel der finanzierten Plätze ungenutzt**, hauptsächlich in den Regionen mit den höchsten Konzentrationen von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen. Mangelnde Transparenz und Zusammenarbeit der Behörden scheint der Grund dafür zu sein. Zusätzlich berichtet Action Aid über massive Schwierigkeiten, überhaupt an Daten der Behörden zu gelangen.

Gesundheitsversorgung von Migrant*innen in Palermo

Doch nicht nur die Gesundheitsversorgung für migrantische Kinder ist prekär. Palermo ist eine Stadt, die jedes Jahr Tausende Asylsuchende und ausländische Bürger*innen ohne Aufenthaltstitel aufnimmt. Für diese Menschen kann der Zugang zur medizinischen Versorgung eine schwierige und komplizierte Erfahrung sein. Die Sans Papiers Beratungsstelle Porco Rosso [berichtet](#) über die schlechten, aber auch die guten Seiten der Gesundheitsversorgung in Siziliens Hauptstadt.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht](#) „Zonen der Rechtlosigkeit“.

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.